

Antrag Nr. 18-F-21-0056

SPD, CDU + Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein Main GmbH - EGM
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 08.10.2018 -

Antragstext:

Im Frühjahr 2017 wurde von den Städten Wiesbaden und Frankfurt die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft zur Wohnlandentwicklung angekündigt. Die entsprechenden Gremienbeschlüsse zur Gründung der EGM-Gesellschaft wurden im November 2017 in der Stadtverordnetenversammlung getroffen und die Gesellschaft im Dezember 2017 gegründet. Die Gesellschaft ist seit Februar 2018 in das Handelsregister eingetragen. Die EGM soll einen wesentlichen Beitrag zum Abbau der Wohnungsnot im Rhein-Main Gebiet leisten, in dem besonders Flächen für bezahlbaren Wohnraum entwickelt werden. Ergebnisse hierzu sind leider bisher nicht bekannt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Ist die notwendige Stammeinlage geleistet worden?
2. Wo ist der Sitz der Gesellschaft? Wird eine Geschäftsstelle unterhalten? Wird eigenes Personal beschäftigt? Wenn ja, wer trägt die Kosten?
3. Laut Handelsregistereintrag hat die Gesellschaft 2 Geschäftsführer. Welches Gehalt oder welche Aufwandspauschale erhalten die Geschäftsführer der EGM?
4. Wann wird der Aufsichtsrat der EGM eingerichtet?
5. Wie oft hat die Gesellschafterversammlung der EGM bisher getagt?
6. Welche Maßnahmen plant die EGM zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum, um der Wohnungsnot im Rhein-Main Gebiet entgegenzuwirken?
7. Welche Aktivitäten im Sinne der Geschäftsziele des Gesellschaftervertrags hat die EGM bisher entwickelt?
8. Wann ist realistisch mit der Verwirklichung der ersten Projekte zu rechnen?

Wiesbaden, 08.10.2018

Dennis Volk-Borowski
Fachsprecher
(SPD-Fraktion)

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Christiane Hinninger
Fraktionsvorsitzende
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alexander Hofmann
Fraktionsreferent
(SPD-Fraktion)

Gunnar Koerdt
Fraktionsgeschäftsführer
(CDU-Fraktion)

Mathias Schulz
Fraktionsreferent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antrag Nr. 18-F-21-0056
SPD, CDU + Bündnis 90/Die Grünen
